

Unstimmigkeiten.

Die christlichsoziale Korrespondenz „Austria“ faßt in einem Stimmungsbericht, den wir weiter unten folgen lassen, die Unstimmigkeiten zusammen, die zwischen dem „zentralisierenden“ Wien und den Kronländern immer deutlicher zutage treten. In den Landeshauptstädten Deutschösterreichs wird der Wunsch nach Selbständigkeit der Länder und die Abneigung, sich von einer sozialdemokratischen Zentrale regieren zu lassen, immer lebhafter. Es wäre ein Fehler, dieser Erscheinung nicht die gebührende Beachtung zu schenken. Aller Parteien erste Pflicht muß heute sein, den Ausbau Deutschösterreichs unter Aufrechterhaltung der inneren Ruhe durchzuführen. Alle Parteien haben sich die dadurch gebotene Selbstbeschränkung im Verfolge ihrer Programme aufzuerlegen. Die von sozialdemokratischer Seite erfolgte Äußerung, aus ganz Deutschösterreich einen einzigen Wahlbezirk für die Konstituante zu bilden, würde die Kronländer ihrer allen politischen Grenzen berauben. Sie wehrt sich dagegen um so entschiedener, als das in Aussicht genommene Proportionalwahlrecht mit gebundener Liste berechtigter Bedenken, vor allem bei den bürgerlichen Mittelparteien, weckt. Personalfragen bei Ernennung von Staatsuntersekretären und Gesandten haben

gleichfalls, wenn sie auch im Staatsrate, in dem alle Parteien vertreten sind, die Mehrheit gefunden haben müssen, Unzufriedenheit und Verzögerung bewirkt. Staatsrat und Nationalversammlung müssen jetzt befreit sein, nicht der Entente den Anlaß zum Einschreiten im Namen der Ordnung zu bieten. Nur mit peinlichem Gefühl wird aber die Bevölkerung Wiens vernommen, daß deutsche Bauern angeblich ankündigen, im Falle der Nichterfüllung ihrer Wünsche nach Selbständigkeit der Kronländer, werde ihre Opferbereitschaft für die Lebensmittelversorgung Wiens ein Ende nehmen. Eine Hungerblockade von Deutschen über Deutsche verhängt, ist eine Unmöglichkeit, die unahbar erscheint und die man vorläufig auch für undenkbar halten möchte.

Verstimmungen im Staatsrat.

Die Sonderbestrebungen der Alpenländer, die seit erheben Nachdruck in der Kronländer-Presse mit so großem Nachdruck erörtert werden, scheinen das Vorbild zu einer Schwentung zu sein, die die Vertreter der westlichen Kronländer der ehemaligen Monarchie in der Nationalversammlung vorbereiten. Es folgen sich in dem Gefolge der großen deutschösterreichischen Parteienkoalition bedeutende Risse, die vor allem auf die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Mandatsträgern zurückzuführen sind. Auffällig sind natürlich andre Beweggründe maßgebend, die sich auf aktuelle politische Fragen beziehen und nicht so erster Natur wären, daß sie nicht auf dem Kompromißwege aus der Welt geschafft werden könnten. Dahinter aber liegen die Mandatsfragen und die autonomistischen Wünsche der Kronländer, denen das bekannte Renner'sche Programm auf Aufhebung der Kronlandsgrenzen und Schaffung von Kreisen gegenübersteht. Man beklagt in den Alpenländern eine von Wien ausgehende sozialistische Diktatur, und will diesem Zustande durch eine möglichst weitgehende Selbständigmachung der Kronländer, durch eine unanfechtbar gewährleistete Autonomie der Landesvertretungen vorbeugen. Es ist bekannt, daß der Staatsrat die Entsendung von Bevollmächtigten in die Landesversammlungen plant, denen die Rolle von Regierungskommissären zufiele. Diese Maßnahme wird von den Landtagen als unannehmbar bezeichnet, und der Unwille darüber ist in einer der Landeshauptstädte ein so mächtiger, daß dort sogar die Drohung fiel, der Kommissär würde nicht mehr in die Lage kommen, nach Wien zurückkehren zu können. In zweiter Linie hat der Vorschlag der Sozialdemokraten, peinliche Überraschung hervorgerufen, für die bevorstehenden Wahlen in die Nationalversammlung Gesamtlisten für das ganze Reichsgebiet zu verfassen und derart für Deutschösterreich eine Bindung aller Kandidaturen von vornherein zu verfügen. Auch das uneingeschränkte Frauenwahlrecht findet jetzt in christlichsozialen und deutschnationalen Kreisen lebhafteste Gegner, die die Entscheidung dieser Frage der zu wählenden Nationalversammlung überlassen wollen. Außerdem tragen noch Fragen persönlicher Natur zur Verhärtung der Bestimmungen bei, vor allem die Wahl mancher Persönlichkeit bei der Besetzung der neuen Staatsämter.

Wie stark die Gegensätze im Staatsrate sind, geht aus der nachstehenden Mitteilung der offiziellen christlichsozialen Parteikorrespondenz hervor:

In den letzten Tagen wurden sowohl von zahlreichen Abgeordneten als auch vom katholischen Volksbunde Versammlungen in den Landgemeinden abgehalten, in denen die deutschen Bauern ihrer Opferwilligkeit für die Ernährung Wiens, aber auch ihrem Unwillen über die „Wiener zentralistischen Bestrebungen“ Ausdruck gaben. Ueberdies laufen an Mitglieder der Nationalversammlung aus allen Teilen Deutschösterreichs Stimmungsberichte ein, die eine ehe-mögliche Wahl der Nationalversammlung fordern und die einseitige Haltung der Sozialdemokratie tadeln, die gegen-teils die Wünsche der Länder nach Selbständigkeit hervorruft. Nachdem das einigende Band der Monarchie zwischen den Ländern nicht mehr besteht, wollen sich diese nicht zentralistisch von Wien aus diktieren lassen und wollen ihre Autonomie nicht nur nicht aufgeben, sondern in jeder Hinsicht aus-gealten. Die Bewegung nach Selbständig-erklärung beschränkt sich nicht auf Tirol und Vorarl-berg, sie ist viel stärker, als man in Wien weiß, und hat auch bereits nach Niederöster-reich übergegriffen, das gleichfalls nicht von einer sozialdemokratischen Zentrale regiert werden will. Weniger wird der Austritt der deutschbürgerlichen Abge-ordneten aus der Nationalversammlung als viel-mehr der Austritt der Länder, die sich nicht zu Provinzen herabdrücken lassen, aus dem deutschösterreichischen Staatsverband ge-fordert. Die Landesversammlungen würden dann an Stelle der Nationalver-sammlung treten und in Wien nicht einmal durch eine Delegation, sondern bloß durch Gesandte vertreten sein. Reiser würde damit

auch die Opferbereitschaft der Landwirte für die Großstadt in der Lebens-mittelversorgung ein Ende nehmen.“

Was die Deutschnationalen anlangt, gelangten die Sonderbestrebungen der Alpenländer in der gestrigen Vollversammlung zur Erörterung, und es zeigte sich, daß die Vertreter Tirols den in der christlichsozialen Presse dieses Kronlandes geführten Feldzug nicht gutheißten, sondern einen möglichst festen Zusammenschluß der Gebiete Deutschösterreichs das Wort reden. Dafür zeigt sich in den Fragen des Wahlverfahrens nach vielen Richtungen eine Ueber-einstimmung der Deutschnationalen mit den christlichsozialen, die wahrscheinlich auch zu Ver-einbarungen der beiden Parteien führen wird.

Der Standpunkt Tirols.

Aus Innsbruck wird berichtet: Die Er-örterung über die Selbständigkeitsklärung Tirols beherrschte die gesamte öffentliche Diskussion. Dieselbe neigt zur grundsätzlichen Selbständigkeit des Landes. Aus der Erörterung ergab sich die Feststellung folgender Grundsätze:

1. Im Jahre 1365 haben die tirolischen Stände als Vertreter des tirolischen Volkes sich für die Herrschaft des Hauses Habsburg ent-schieden. Mit dem Verzicht Kaiser Karls auf die Regierungsgeschäfte hat das tirolische Volk sein volles Verfügungsrecht zurückgehalten.
2. Da die gemeinschaftlichen Beziehungen zwischen den österreichischen Ländern nur der Ge-meinsamkeit der Herrscherpersönlichkeit entstammen, ist mit dem Hinwegfall des gemeinsamen Herrschers der Zusammenhang tatsächlich aufgehoben. Die gegenwärtige Regierung der deutschösterreichischen Länder kann nur als Liquidationsregierung an-erkannt werden. Andre Befugnisse stehen ihr nicht zu.
3. Die eigentliche Regierung Tirols ist der provisorische Nationalrat. Seine Auf-gabe ist, sobald es die Verhältnisse zulassen, die Wahlen für die konstituierende Landesversammlung auszusprechen. Da wir erst durch den Friedens-schluß über die genaue Abgrenzung des tirolischen Gebietes Klarheit erlangen werden, kann diese Landesversammlung vorher nicht gewählt werden.
4. Diese konstituierende Landesversammlung entscheidet über die Staatsform, über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, über einen eventuellen Zusammenschluß mit den Nachbar-ländern. Sobald diese Fragen entschieden sind, kann erst unter Umständen eine Besetzung der deutsch-österreichischen Nationalversammlung stattfinden.

Zusammenschluß der deutsch-nationalen Parteien.

In der gestrigen Vollversammlung des Ver-bandes der deutschnationalen Parteien wurde ein-stimmig der Zusammenschluß der deutsch-nationalen Partei, der deutschen Agrar-partei und der Deutschradikalen Ver-einigung vollzogen und die drei Obmänner beauftragt, der nächsten Vollversammlung die näheren Organisationsbestimmungen vorzulegen. Die neue Partei zählt 85 Mitglieder.